

Telefon: 233 - 22523
Telefax: 233 – 989 22523

**Referat für Stadtplanung
und Bauordnung**
Stadtentwicklungsplanung
HA/3 Regionales

**Region ist Solidarität. Gerechter Ausgleich von
Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog;
Ergebnisbericht „Gespräche über Stand und
Perspektiven interkommunaler Kooperation in der
Region München“**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 06740

Anlagen:

1. Ergebnisbericht „Gespräche über Stand und Perspektiven interkommunaler Kooperation in der Region München

**Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom
06.07.2022**

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag der Referentin.....	1
1. Anlass der Bekanntgabe.....	2
2. Aufbau des Gesamtprojekts „Region ist Solidarität“.....	2
3. Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Gespräche mit Expert*innen.....	2
3.1. Wesentliche Ergebnisse.....	3
3.2. Schlussfolgerungen.....	4
4. Nächste Schritte.....	6
II. Bekanntgegeben.....	7

I. Vortrag der Referentin

Zuständig für die Angelegenheit ist der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung gemäß § 7 Abs. 1 Ziffer 11 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt München, da die zu behandelnde Angelegenheit nicht auf einen Stadtbezirk begrenzt ist.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung informiert wie folgt über die Ergebnisse des Bausteins „Expert*innenbefragung“ des Projekts „Region ist Solidarität. Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog“.

1. Anlass der Bekanntgabe

Im Rahmen der Regionalen Wohnungsbaukonferenz 2017 wurde vereinbart, ein Projekt zum gemeindeübergreifenden Ausgleich von Lasten und Nutzen auf den Weg zu bringen. Mit Beschlüssen des Stadtrats der Landeshauptstadt München vom 27.11.2018 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12743) und 27.03.2019 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 14087) wurde das Referat für Stadtplanung u. a. beauftragt, die hierfür erforderlichen Schritte einzuleiten und entsprechende Leistungen an externe Auftragnehmer*innen zu vergeben. Für das Projekt wurde der Titel „Region ist Solidarität. Gerechter Ausgleich von Lasten und Nutzen im interkommunalen Dialog“ gewählt. Die Projektlaufzeit ist bis Ende 2023 angesetzt. Den Zuschlag für die Auftragsbearbeitung haben das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) zusammen mit der stadt bau münchen GmbH als Unterauftragnehmerin erhalten. Nachdem dem Stadtrat der Landeshauptstadt München die Ergebnisse des ersten Projektbausteins am 27.05.2020 bekanntgegeben wurden (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 00311), erfolgt nun die Bekanntgabe der Ergebnisse eines weiteren Projektbausteins.

2. Aufbau des Gesamtprojekts „Region ist Solidarität“

Zur besseren Einordnung der vorliegenden Ergebnisse in den Kontext des Gesamtprojekts erfolgt hier eine kurze Darstellung seines Aufbaus: Das Projekt gliedert sich in mehrere Bausteine. Zunächst erfolgten eine Bestandsaufnahme und die Bewertung bestehender Instrumente vor dem Hintergrund ihrer Eignung für ausgleichsorientierte Planungsansätze. Dieser Baustein ist abgeschlossen. Zur Zeit werden diese Instrumente an Hand konkreter interkommunaler Modellvorhaben unter Beteiligung mehrerer Kommunen und Landkreise getestet. Als thematische Ansatzpunkte haben sich dabei die Möglichkeiten der Realisierung eines multimodalen Mobilitätsknotens am Rand der Metropolregion sowie die Entwicklung und Umsetzung eines gemeinsamen Freizeitbusses im stadtreionalen Umfeld herauskristallisiert. Begleitend geht es bei „Region ist Solidarität“ aber auch darum, grundsätzliche Perspektiven interkommunaler Aktivitäten in der Region München zu diskutieren, um darauf aufbauend das gemeinsame Handeln passgenau justieren zu können. Vor diesem Hintergrund wurden Expert*innen zu Themen der interkommunalen Kooperation in der Region München mit einem besonderen Fokus auf Perspektiven eines Lasten-Nutzen-Ausgleichs befragt. Die Ergebnisse dieser Interviews werden dem Stadtrat nun bekannt gegeben (Anlage 1). Im folgenden Schritt sollen im Herbst 2022 alle Kommunen der Region München mittels Online-Befragung angeschrieben werden, um einerseits die Reichweite der bisherigen Projektergebnisse zu erhöhen und diese andererseits mit den Erfahrungen und Anforderungen der kommunalen Familie zu spiegeln. Den Abschluss des Gesamtprojekts bilden ein gemeinsamer Workshop und die Dokumentation der Ergebnisse. Zielgruppe sind in erster Linie Kommunen und Landkreise der Region München.

3. Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Gespräche mit Expert*innen

Insgesamt haben die beauftragten Institute mit 22 Expert*innen Gespräche geführt. Die Auswahl der Gesprächsteilnehmer*innen konzentrierte sich auf einige im Bereich der

interkommunalen Kooperation besonders Aktive, die sich dem Thema gegenüber grundsätzlich aufgeschlossen und zugewandt positionieren. Die Ergebnisse sind also ein Schlaglicht auf den Status Quo und die mögliche Zukunft der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit in der Region München aus Sicht der Interviewten ergänzt durch eine wissenschaftliche Einschätzung des Difu. Die Befunde stellen somit keine repräsentative Bewertung interkommunaler Aktivitäten im Allgemeinen dar. Die Studie fokussiert auf bisher Erreichtes und fragt nach möglichen Kooperationsperspektiven. Eine repräsentative Befragung der Städte und Gemeinden zu kommunalen Kooperationen ist zu einem späteren Zeitpunkt geplant (siehe Ziffer I.4.).

Die Ergebnisse bieten über das Projekt „Region ist Solidarität“ hinaus wichtige Anhaltspunkte für Projekte, Formate, Aktivitäten und Initiativen der Landeshauptstadt München im Kontext regionaler Kooperation. Daher werden darauf aufbauend für laufende und zukünftige regionale Bemühungen der Landeshauptstadt München Schlussfolgerungen abgeleitet.

3.1. Wesentliche Ergebnisse

Wachstumsdruck bringt das Umland und die Landeshauptstadt näher zusammen

Städte, Gemeinden und Landkreise können das anhaltende Wachstum in der Region München – mit der Landeshauptstadt als Motor – und seine Folgen nicht mehr alleine bewältigen. Diese von immer mehr Kommunen wahrgenommene Herausforderung der zukünftigen Entwicklung von Wohnen, Verkehr und Freiraum ist ein starker Impuls zur interkommunalen und regionalen Kooperation und bringt die Kommunen der Region zusammen. Noch fehlt jedoch eine gemeinsame Vision.

Herausforderungen können nur interkommunal und regional gelöst werden

Der Kreis der Bürgermeister*innen in der Region, die erkennen, dass die Zukunft ihrer Stadt und Gemeinde nur als Zukunft in der Region und als Zukunft mit der Region gedacht werden kann, wird stetig größer. Sie gehen die Herausforderungen in ihren Städten und Gemeinden mit einem Blick „über den Kirchturm hinaus“ an und suchen interkommunale und regionale Lösungen.

Die Region München ist in den Köpfen angekommen

Städte, Gemeinden, Landkreise und die Landeshauptstadt München können miteinander: Der Austausch untereinander wird geschätzt, die Stimmung hat sich deutlich gewandelt und die Anlässe für Begegnungen werden gerne genutzt. Und doch ist das Eis dünn: Jeder „schiefe Ton“ und jede unklare Äußerung der Kernstadt führen zu Zweifeln an ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Die Lösung des gordischen Knotens liegt im gegenseitigen Vertrauen

Das Bedürfnis nach einem starken Treiber einerseits und andererseits ein diffuses Misstrauen gegenüber den anderen Kommunen bildeten in der Vergangenheit einen lähmenden und nahezu unauflösbaren Widerspruch. Mittlerweile sind aber viele Kommunen bereit, sich gegenseitig einen Vertrauensvorschuss zu geben, um Fenster der Gelegenheit aktiv zu öffnen und gemeinsam zu nutzen.

In interkommunalen Allianzen wird Kooperation selbstverständlich

Ob im Norden, Süden, Westen oder Osten – in den unterschiedlichen Teilen der Region gehen Städte und Gemeinden zunehmend interkommunale Bündnisse ein und intensi-

vieren ihre Zusammenarbeit. In den neu gegründeten interkommunalen Netzwerken und Vereinen diskutieren sie ihre Themen und Interessen, entwickeln gemeinsam Konzepte und setzen erste interkommunale Projekte um.

Die Tücke interkommunaler Zusammenarbeit liegt im Detail

Interkommunale Zusammenschlüsse und gemeinsame Konzepte sind die eine Seite – die Umsetzung gemeindeübergreifender Projekte die andere: Solange interkommunales Handeln nicht eingeübt ist, solange vor allem in den kleineren Städten und Gemeinden Ressourcen für freiwillige Aufgaben fehlen und solange Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene interkommunale Projekte erschweren oder verhindern, wird der Wille zur Zusammenarbeit ausgebremst, die notwendigen gemeinsamen Projekte bleiben in der Schublade.

Lasten-Nutzen-Ausgleich: Von der Theorie in die Praxis?

Die Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg kann nur gelingen, wenn alle beteiligten Kommunen etwas davon haben. Wie ein solcher Ausgleich konkret aussehen, wie er untereinander verhandelt werden könnte und was als gerecht empfunden wird, ist bisher kaum ein Thema. Vorhandene Ausgleichsmechanismen werden zwar von den Kommunen geschätzt, neue Formen des Ausgleichs erscheinen ihnen jedoch nur schwer verhandelbar und werden eher skeptisch betrachtet.

Schwache regionale Institutionen sind nicht handlungsfähig, starke unerwünscht

Handlungsfähige und eigenständige Kommunen sind eine Stärke der Region München. Regionale Institutionen stehen eher in der zweiten Reihe, sie werden für ihre Unterstützung geschätzt. Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV), der Regionale Planungsverband München (RPV) und der Europäische Metropolregion München e.V. (EMM) können die von vielen Kommunen als notwendig bewerteten regionalen Perspektiven und Initiativen alleine nicht entwerfen und umsetzen. Neue regionale Strukturen sind aber nicht gewünscht. Es bleibt die Frage, wie interkommunale Allianzen, regionale Perspektiven und eine regionale Vision zusammengeführt werden können und wer diese Prozesse steuert.

Die Internationale Bauausstellung Metropolregion München (IBA Räume der Mobilität) ist ein wichtiger Schritt in die regionale Zukunft

Mobilität ist die Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung und Gestaltung von Siedlungs- und Freiräumen um das Wachstum zu steuern und die Region zu stärken – über diese Ziele besteht kaum ein Zweifel. Doch wer diese Prozesse in der Region vorantreiben, die Akteure zusammenführen und die Aktivitäten bündeln soll, ist unklar. Mit der IBA startet in der Region ein gemeinsamer Prozess, der – breit vermittelt und kommuniziert – einen wichtigen Schritt zur Umsetzung schon lange notwendiger Projekte und dem Aufbau neuer regionaler Handlungsfähigkeit bedeuten könnte.

3.2. Schlussfolgerungen

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung sieht sich durch die Ergebnisse in seinen regionalen Strategien und Aktivitäten bestärkt. Die unter dem Dach des regionalen Bündnisses für Wohnungsbau und Infrastruktur durchgeführten Veranstaltungen, Formate und Initiativen sowie das regionale Engagement der Landeshauptstadt München insgesamt werden von den Interviewten geschätzt und als Gewinn für das gute Verhältnis zwischen Umland und Stadt gesehen. Gleichzeitig erkennt das Referat für Stadtplanung und

Bauordnung Handlungsbedarf in einzelnen Bereichen, der im Rahmen der laufenden und zukünftigen regionalen Aktivitäten – abhängig von den zur Verfügung stehenden Ressourcen – wie im Folgenden dargestellt Berücksichtigung finden wird.

Fortführen von Veranstaltungen, Formaten und Initiativen auf hohem Niveau

Die von der Landeshauptstadt München initiierten, unterstützen oder begleiteten Veranstaltungen, Formate und Initiativen werden auf hohem Niveau weiterbetrieben, ausgebaut und vernetzt. Etablierte und innovative Formate wie die Regionale Wohnungsbaukonferenz, die Veranstaltungsreihe „Wachstum mit Qualität“ rund um den Preis für Baukultur des EMM e.V., die IBA-Walks oder der Erfahrungsaustausch der Bürgermeisterinnen befördern den informellen Austausch zwischen den regionalen Akteuren, leisten einen wesentlichen Beitrag zum Knowhow-Transfer, schaffen Netzwerke und Vertrauen. Sie liefern fachlichen Input und stellen damit eine wichtige Grundlage für mögliche Folgeprojekte auch ohne Beteiligung der Landeshauptstadt München dar.

Klare Kommunikation von Möglichkeiten und Grenzen regionaler Plattformen

Einige Interviewte bemängeln dennoch die Umsetzungsschwäche regionaler Plattformen. Daher müssen deren Möglichkeiten und Grenzen zukünftig noch deutlicher kommuniziert werden, um unerfüllbaren Erwartungen vorzubeugen. Regionale Plattformen sind Impulsgeber. Formate wie die Regionalen Wohnungsbaukonferenzen schaffen Vertrauen. Sie bieten Bühnen, Möglichkeiten, Austausch und Netzwerke. Sie bringen in erster Linie Menschen und Ideen zusammen und stoßen Dinge an. Dabei wirken sie als Katalysator für eine abgestimmte und zukunftsorientierte, solidarische Regionalentwicklung. Sie haben aber kein politisches Mandat, um verbindliche Entscheidungen zu treffen oder diese umzusetzen. Dafür sind die kommunalen und regionalen Gremien sowie die Verwaltungen vor Ort zuständig.

Transparente Zieldefinition stadtreionaler Aktivitäten

Mit konkreten Projekten wie beispielsweise der Internationalen Bauausstellung Metropolregion München (IBA Räume der Mobilität) oder längerfristigen Strategien wie dem Stadtentwicklungsplan STEP 2040 werden die ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung der Landeshauptstadt München gefördert und unterstützt. Gleichzeitig sollen diese und andere regionale Aktivitäten der Landeshauptstadt München einen Beitrag zu einer nachhaltigen, solidarischen und lebenswerten Region München leisten. Diese Kernziele liegen allen stadtreionalen Aktivitäten der Landeshauptstadt München zu Grunde und werden entsprechend kommuniziert.

Kooperation auf Augenhöhe und effizienter Einsatz von Ressourcen

Den stadtreionalen Zielsetzungen entsprechende Initiativen, Ansätze und Projekte werden aufgegriffen und unterstützt, sofern bei allen Kooperationspartner*innen ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen. Als Kooperationspartnerin auf Augenhöhe bearbeitet die Landeshauptstadt München diese gemeinsam mit den Beteiligten. Gemeinsame Aktivitäten erfordern eine kritische Masse an gleichberechtigten und engagierten Akteuren. Die Landeshauptstadt München muss hierbei nicht zwangsläufig die Führungsrolle übernehmen. Initiative, Kreativität und Engagement der Landeshauptstadt und der regionalen Akteure sind gleichermaßen gefragt. Grundlagen der jeweiligen Kooperation werden zukünftig vermehrt in verbindlichen Kooperationsvereinbarungen festgehalten.

Offene Diskussionskultur

In Anbetracht der Vielzahl von Handelnden und Themen, die im Kontext stadtregi­o­neraler Fragestellungen aufeinandertreffen, ist ein von Beginn an breiter Konsens eher die Ausnahme als die Regel. Unter Berücksichtigung der oben genannten Kernziele werden die Positionen und Belange der Landeshauptstadt München von ihren Vertreter*innen auch weiterhin sachlich, selbstbewusst und reflektiert in die regionale Diskussion eingebracht, um darauf aufbauend einen möglichst tragfähigen Konsens zu erreichen.

Unterstützung und Stärkung regionaler Institutionen

Wie oben dargestellt bewertet eine Mehrzahl der Interviewten regionale Projekte, Initiativen, Perspektiven sowie eine gemeinsame Vision als notwendig. Die Entscheidungs- und Umsetzungsschwäche regionaler Plattformen und Institutionen wird in diesem Kontext bemängelt. Gleichzeitig wird die Stärkung bestehender oder das Installieren neuer regionaler Institutionen mit entsprechenden Entscheidungs- und Umsetzungs­kompetenzen abgelehnt. In diesem Spannungsfeld kommt der Vermittlung der Chancen, die entsprechend verfasste regionale Institutionen für die einzelne Gemeinde und die Region im Allgemeinen bieten, zukünftig noch stärkere Bedeutung zu. Die in der Region München bestehenden regionalen Institutionen wie der Regionale Planungsverband München (RPV), der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) oder der Verein Europäische Metropolregion München (EMM) e.V. werden dementsprechend auch zukünftig unterstützt, ihre Stärkung befürwortet. Möglichen neuen Institutionen steht die Landeshauptstadt München unter Berücksichtigung der oben erwähnten Kernziele weiterhin offen gegenüber.

Austausch zwischen Politik und Verwaltung

Die von der Mehrzahl der Interviewten beispielsweise im Rahmen von Veranstaltungen und Workshops als sehr gewinnbringend wahrgenommene Mischung aus Politik und Verwaltung hat sich bewährt und bildet weiterhin die Grundlage der regionalen Formate der Landeshauptstadt München. Wo erforderlich und möglich wird zukünftig auf eine noch stärkere Einbindung politischer Vertreter*innen der Landeshauptstadt München hingewirkt.

4. Nächste Schritte

Der gegenständliche Bericht zum zweiten Projektbaustein wird nach der heutigen Bekanntgabe im Stadtrat der Landeshauptstadt München auf muenchen.de und den Webseiten der kooperierenden Institutionen veröffentlicht. Anschließend erfolgt der digitale Versand des Berichts an die regionalen Partner*innen der Landeshauptstadt (Kommunen, Landkreise, Vereine, Verbände, Kammern, etc.).

Aufbauend auf den Ergebnissen der vorangegangenen und aktuell laufender Bausteine werden im nächsten Schritt im Rahmen einer Kommunalbefragung u. a. konkrete Ansatzpunkte, Handlungsfelder und Wünsche der kommunalen Familie für einen interkommunalen bzw. regionalen Ausgleich abgefragt. Auf einer allgemeineren Ebene sollen dabei auch Ausgangssituation und Rahmenbedingungen sowie Hemmnisse und Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit in der Region München erhoben werden. Die Kommunalbefragung kann insbesondere auch dazu dienen, bei Kommunen Akzeptanz für das auf Freiwilligkeit basierende Instrumentarium der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit zu wecken und sicherzustellen, dass es an deren Bedürfnissen weiterentwickelt wird.

Beteiligung der Bezirksausschüsse

Die Satzung für die Bezirksausschüsse sieht in der vorliegenden Angelegenheit kein Anhörungsrecht der Bezirksausschüsse vor. Die Bezirksausschüsse des 1. - 25. Stadtbezirkes haben jedoch Abdrucke der Sitzungsvorlage erhalten.

Dem Korreferenten Herrn Stadtrat Paul Bickelbacher, und der zuständigen Verwaltungsbeirätin, Stadträtin Heike Kainz, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Bekanntgegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister/-in

Prof. Dr. (Univ. Florenz)
Elisabeth Merk
Stadtbaurätin

III. Abdruck von I. - II.

Über die Verwaltungsabteilung des Direktoriums, Stadtratsprotokolle (SP)
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

IV. WV Referat für Stadtplanung und Bauordnung – SG 3

zur weiteren Veranlassung.

Zu IV.:

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An das Direktorium HA II – BA (1x)
3. An die Bezirksausschüsse 1-25
4. An das Baureferat
5. An an das IT-Referat
6. An das Kommunalreferat
7. An das Kreisverwaltungsreferat
8. An an das Mobilitätsreferat
9. An das Personal- und Organisationsreferat
10. An das Referat für Arbeit und Wirtschaft
11. An an das Referat für Bildung und Sport
12. An an das Referat für Klima und Umwelt
13. An das Sozialreferat
14. An das Direktorium
15. An die Stadtkämmerei
16. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – SG 3
17. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA I, HA I/2, HA I/4, HA I/5
18. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II
19. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA III
20. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
21. Mit Vorgang zurück zum Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA I/3

Am

Referat für Stadtplanung und Bauordnung SG 3